

16. Wahlperiode

Antrag

auf Annahme einer Entschließung

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Rot-Rote Verschwendung stoppen – Für eine nachhaltige und gerechte Haushaltspolitik!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Rot-Rot hat in dieser Legislaturperiode keinerlei Sparwillen mehr erkennen lassen. Insbesondere im Haushaltsvollzug fehlte jede Disziplin. Zu großzügig bewilligtes Geld wird von Rot-Rot mit hässlicher Regelmäßigkeit für neue Ausgabenprogramme herangezogen. Die Verführung, diese Praxis fortzusetzen, wird gerade im Wahljahr übermächtig sein.

Ziel muss daher sein, das Haushaltsgesetz so zu ändern, dass die Haushaltsdisziplin wiederhergestellt wird. Der Kassenkredit ist zu begrenzen. Auf Vorgriffskredite ist zu verzichten. Unerwartete Mehreinnahmen aus Steuern und Verwaltungsgebühren müssen zur Absenkung der Neuverschuldung herangezogen werden. Das Gleiche gilt für Minderausgaben beim Schuldendienst (im laufenden Jahr 70 Millionen €). Nicht verausgabte Investitionsmittel sind einer Rücklage für die Sanierung und ökologische Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur zuzuführen (im laufenden Jahr 200 Millionen €).

Neuverschuldung senken!

Es ist notwendig und möglich, die Neuverschuldung 2010 und 2011 um jeweils rund 250 Millionen Euro gegenüber dem Senatsentwurf abzusenken. Die von SPD und Linkspartei in monatelanger Beratung zustande gebrachte Einsparsumme in Höhe von rund einer Million Euro ist bei einem Haushaltsvolumen von über 20 Milliarden Euro völlig ungenügend.

Nach der Niederlage vor dem Landesverfassungsgericht hat die rot-rote Koalition unter dem Druck eines drohenden Volksentscheids schnell und schmerzlos 86 Millionen Euro für die pädagogischen Verbesserungen in den Berliner Kitas aufgetrieben. Das macht deutlich, wie viel Luft im Haushaltsplan des Senats war und immer noch ist. Weitergehende Konsequenzen für Änderungen am Haushaltsplan haben SPD und Linke daraus jedoch nicht gezogen. Die Koalition wird ihrer Verantwortung in der Haushaltspolitik nicht gerecht.

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

www.parlament-berlin.de (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

Die unumgängliche Haushaltssanierung beginnt nicht erst 2012, wie der Finanzsenator angekündigt hat. Es gibt keinen einzigen einleuchtenden Grund dafür, nicht schon heute zu beginnen. Orientierung bietet hier der von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgelegte Änderungsantrag zum Haushaltsentwurf des Senats, der folgende Struktur aufweist:

Änderungen in Euro	2010	2011
Mehrausgaben	52.842.040	156.566.540
Minderausgaben	-286.977.925	-388.531.775
Einsparung	234.135.885	231.965.235
Mehreinnahmen	20.425.000	20.534.000
Absenkung der Neuverschuldung	254.560.885	252.499.235

In Bildung und Umwelt investieren!

85 Prozent der vorgeschlagenen Mehrausgaben sollen im Jahr 2011 klar definierten Investitionen in die Zukunft unserer Stadt dienen. 78 Millionen Euro sollen in die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen fließen – von der Kita über die Schule bis zur Berufsbildung. 54 Millionen Euro sollen in die energetische Sanierung des öffentlichen Gebäudebestandes, die Verbesserung der Berliner Gewässerqualität und in die ökologische Erneuerung des Fahrzeugparks des Landes investiert werden.

Alle während der Haushaltsberatung eingereichten Vorschläge zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und zum erneut vorgelegten Investitionsprogramm für Klimaschutz wurden von Rot-Rot abgelehnt. Mit dem nötigen gesellschaftlichen Druck kann aber auch hier gelingen, was im Verlauf der Haushaltsberatung im Kampf für bessere pädagogische Bedingungen in den Kitas erreicht worden ist.

1. Investitionen in Klimaschutz und Umwelt (Finanzmittel 2011: 54 Millionen €)

Ende 2010 läuft das Konjunkturprogramm II aus, mit dem Berlin dem Sanierungsstau in der öffentlichen Infrastruktur zu Leibe gerückt ist. Was für viele Menschen hoffnungsvoll begonnen hat, wird mit dem vorliegenden Haushalt von Rot-Rot einfach abgebrochen und Fantastereien über unsinnige Neubauten geopfert.

Es scheint weder die SPD noch die Linken zu kümmern, dass auf diese Weise die Berliner Klimaschutzziele verfehlt werden. Sogar das großspurig angekündigte Klimaschutzgesetz wird von Rot-Rot zerredet, weil die Koalition nicht weiß, wie sie die Investitionen in Berlins eigenen Gebäudebestand finanzieren soll.

Lieber lassen es SPD und Linke der Senatsverwaltung durchgehen, dass deren Geschäftsbedarf gegenüber der letzten Abrechnung 2008 um 18 Prozent steigt, obwohl sich die Inflationsrate für Bleistifte nahe Null bewegt. Auch sieht Rot-Rot ungerührt zu, wie die Kosten für Dienstreisen um 26 Prozent, für Veröffentlichungen um 46 Prozent, für Veranstaltungen um 16 Prozent und die schon seit Jahren überhöhten IT-Kosten um 22 Prozent steigen.

SPD und Linke müssen sich die Feststellung gefallen lassen, dass der Klimaschutz in Berlin nicht am Geld, sondern am politischen Willen von Rot-Rot scheitert.

Das Abgeordnetenhaus spricht sich dafür aus, zwei Programmschienen des Konjunkturprogramms II aus Eigenmitteln fortzusetzen, die 2010 letztmalig mit 57 Mio. Euro ausgestattet sind: Die energetische Gebäudesanierung und die Modernisierung des Fahrzeugparks.

Ab 2011 sollen dafür 50 Millionen Euro pro Jahr bereitgestellt werden. Der ökologischen Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur sollen auch die nicht verausgabten Investitionsmittel des Jahres 2010 zufließen. Wirtschaftlich betrachtet kommt dieses ökologische Erneuerungsprogramm einem Abbau der Verschuldung gleich.

Zusätzlich sollen im Haushalt 2010/2011 die Investitionen in den Gewässer- und Naturschutz im Doppelhaushalt insgesamt um 5 Millionen Euro verstärkt werden. Umweltschutz darf in Berlin nicht länger ein reines Lippenbekenntnis bleiben. Mit den von Rot-Rot veranschlagten Mitteln, sind die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie nicht zu erreichen.

2. Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen (Finanzmittel 2011: 8 Millionen €)

25 000 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz sind in Berlin bei den Job-Centern gemeldet. Wir sind dabei, eine „verlorene Generation“ zu produzieren, die weder vom Aufschwung vergangener Jahre noch von der demografischen Veränderung profitiert.

Was aber macht die für Arbeitsmarkt und Berufsbildung zuständige Sozialverwaltung, die von der Linkspartei geführt wird? Seit Jahren kürzt sie die Mittel der Berufsausbildung, um damit ihr Symbolprojekt namens Öffentlicher Beschäftigungssektor (ÖBS) zu finanzieren. Im vorliegenden Haushaltsentwurf werden erneut 13 Millionen Euro aus der Berufsausbildung in den ÖBS umgeschichtet.

Das Abgeordnetenhaus verurteilt dieses Vorgehen. 8 Millionen Euro sollen von der Arbeitsmarktpolitik für Erwachsene zurückgeholt werden und wieder der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und der Förderung von Ausbildungsplätzen zugute kommen.

3. Gute Bildung von Anfang an (Finanzmittel 2011: 70 Millionen €)

Schon vor den Wahlen 2006 war klar, dass die laufende Legislaturperiode im Zeichen von Bildungsinvestitionen und –reformen stehen muss. In der Koalitionsvereinbarung von SPD und Linken war davon jedoch fast nichts zu merken.

Inzwischen liest es sich anders. Neue Lehrer wurden eingestellt, um den Unterrichtsausfall zu bekämpfen. Die überfällige Schulstrukturreform wurde beschlossen. Wie unter Rot-Grün in Bremen und unter Schwarz-Grün in Hamburg wird nun auch in Berlin flächendeckend die Sekundarschule eingeführt und die Hauptschule abgeschafft, anstatt sich ausschließlich an 12 Gemeinschaftsschulen festzuhalten. Zuletzt hat ein bevorstehender Volksentscheid den Senat gezwungen, die erforderlichen pädagogischen Verbesserungen in den Kitas einzuführen.

Allein die Hochschulverträge bleiben eine offene Baustelle, die den erforderlichen Verbesserungen in der Lehre nicht Rechnung tragen. Mit Rot-Rot wird das offenkundig nichts mehr. Darum wird sich die nächste Regierung kümmern müssen.

Es reicht nicht aus, mit 64 Millionen Euro allein die Kita-Finanzierung im Jahr 2011 zu sichern. Zusätzlich sind die Schulstrukturreform und die Freien Schulen

nach jetzigem Wissenstand auskömmlich zu finanzieren, die sogenannten Brennpunktschulen mit 30 zusätzlichen LehrerInnenstellen auszustatten sowie die ausreichende Versorgung behinderter Kinder mit SchulhelferInnen zu sichern. Das wird 2011 Finanzmittel von mindestens 6 Millionen Euro erfordern.

Das Abgeordnetenhaus stellt zusammenfassend fest, dass der vom Senat von Berlin vorgelegte Entwurf des Doppelhaushaltes 2010/2011 die Anforderungen an eine nachhaltige und gerechte Haushaltspolitik nicht erfüllt. Die Neuverschuldung ist zu hoch. Die Investitionen in Bildung sind unzureichend. Investitionen in Umwelt und Klimaschutz fehlen fast gänzlich. Der Haushalt wird daher abgelehnt.

Berlin, 10. Dezember 2009

Pop Ratzmann Esser Herrmann Otto Schruoffeneger
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen